

-Ronald Schminke MdL Plenarrede 14.03.2013

**Den Niedriglohnsektor zurückdrängen – Initiative zur Einführung eines gesetzlichen Mindestlohnes unterstützen!**

Herr Präsident,  
verehrte Kolleginnen und Kollegen,  
in den vergangenen 5 Jahren haben wir Ihnen immer wieder gebetsmühlenartig erklärt, wie folgenschwer Niedriglöhne für unsere Wirtschaft und für unsere Sozialsysteme sind. Ferner haben wir Ihnen die menschenunwürdigen Auswirkungen von Lohndumping für die Betroffenen aufgezeigt, aber Sie wollten das alles gar nicht hören, sie haben uns sämtliche Anträge abgebügelt, sie haben uns mit Ihrer ignoranten Verweigerungshaltung gedemütigt, meine Damen und Herren und darum haben wir die Plätze gewechselt und nun sitzen Sie endlich da, wo Sie mit dieser Politik auch hingehören, in der Opposition meine Damen und Herren!

Sie haben nun Zeit, viel Zeit, auch, um darüber nachzudenken, wie Sie mit **Ihren** Leiharbeitern zukünftig umgehen.

Meine Damen und Herren der CDU, ich meine jetzt nicht etwa die Leiharbeiter mit oft skandalösen Niedriglöhnen, über die wir sonst so oft mit Ihnen geredet haben, ich spreche jetzt über die FDP Leiharbeiter in diesem Hause, die mit der **Gnade der CDU Leihstimmen** in diesen Landtag als Leiharbeiter eingezogen sind und ich rede über diejenigen, die uns in der vergangenen Periode mit ihren neokonservativen und marktradikalen Ansichten schier bis zur Weißglut getrieben haben, wie Frau König z. B. und ich rede über diejenigen, die bis heute daran festhalten, einen flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn zu verhindern, obwohl eine breite Mehrheit der Menschen längst verstanden hat, dass dieser Mindestlohn dringend und schnell kommen muss, meine Damen und Herren!

Anrede

die Regierung Mc Allister wurde vom Volk auch deshalb abgewählt, weil Sie sich von Ihrer FDP Leiharbeiterriege nicht losgesagt haben, denn deren arbeitsmarktpolitische Ansichten sind mehr als skandalös, das war und ist Feudalherrschaft von vorgestern und so was wird vom Volk abgestraft, meine Damen und Herren.

Nun werden wir handeln und wir werden mit diesem Antrag ein deutliches Zeichen für einen flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn in Deutschland setzen. Wir stärken die Bundesratsinitiative der Länder und wir setzen uns für Fairness und Ordnung auf dem Arbeitsmarkt ein, weil es **ohne klare Regeln** nicht geht, das ist unsere Überzeugung, meine Damen und Herren!

Alles geht gut ohne CDU und FDP, aber auf dem Arbeitsmarkt geht nichts ohne faire Regeln. Die aktuelle Niedriglohngrenze lag schon 2010 bei 10,36 €, darum ist ein Mindestlohn von 8,50 € nur ein Einstieg und wir müssen sehr schnell zu weiteren Erhöhungen kommen, um auch die schlimmsten Folgen einer in die Zukunft verlagerten Altersarmut zu verhindern. In Ihrer Regierungsverantwortung, meine Damen und Herren von CDU und Leihstimmenpartei, ist die prekäre Beschäftigung rasant angestiegen und der Staat und damit wir alle müssen die Aufstockerleistungen dieser verfehlten Politik tragen. Ein gesetzlicher Mindestlohn von 8,50 € wäre für über 5 Mio. Menschen bereits eine deutliche Einkommensverbesserung.

Auch der Staat würde mit geschätzten 7 Milliarden € durch den Wegfall von Aufstockerleistungen profitieren, darum ist ein Mindestlohn gut für die Wirtschaft, gut für uns alle und insbesondere Balsam auf die Wunden der Betroffenen, meine Damen und Herren.

Wie gleichgültig muss man eigentlich sein, wenn man täglich in den Medien Berichte über ausbeuterische Beschäftigung zu Dumpinglöhnen in der Fleischbranche sieht und hört und dagegen nichts unternimmt?

Wenn über 80% im Dienstleistungssektor, z. B. im Friseurhandwerk, im Taxigeschäft, in der Gastronomie, in Wäschereien, in der Pflege, im Kosmetikbereich und im Wachdienst in den Niedriglohnbereich fallen, wenn wir immer weniger Abgrenzung zur Sittenwidrigkeit feststellen und wenn wir diese Armutslöhne seit 2005 mit über 50 Milliarden € subventioniert haben und Sie an diesen unhaltbaren Zuständen immer noch nichts ändern wollen, dann müssten Sie sich einmal die Frage stellen, ob Sie noch berechtigt in diesem Parlament sitzen, meine Damen und Herren!

Wie gefühlskalt ist eine Politik, die mit allen Mitteln der Sprachakrobatik die Verantwortung auf die Tarifpartner abschieben will, obwohl gerade die von Dumpinglohn betroffenen Branchen daran kranken, dass die Seite der Arbeitgeber gar nicht erst an den Verhandlungstisch kommt, um mit den Gewerkschaften zu verhandeln?

Die Leihstimmenpartei FDP ist strikt gegen einen gesetzlichen Mindestlohn und man will sogar die Tarifautonomie schützen, wird als Begründung vorgeschoben. **Donnerwetter** – Leihstimmenpartei für Tarifautonomie, wie geht das?

Dieselben Leute, - wie unsere liebe Frau König, die den Arbeitnehmern in Kleinbetrieben Betriebsräte verweigert sind urplötzlich für die Tarifautonomie? Diese Täuschung stinkt zum Himmel. Sie sind der Wolf im Schafspelz, wenn es um Arbeitnehmerrechte und Tarife geht. Ihre Glaubwürdigkeit ist soweit geschädigt, dass man besser erst einmal aus dem Fenster guckt, ob es nicht tiefe Nacht ist, wenn Sie einem guten Tag sagen, so ist das!

Wäre die Tarifautonomie wirklich in Gefahr, würde der DGB den Mindestlohn doch gar nicht fordern, denn die Tarifautonomie ist die heilige Schrift der Gewerkschaften.

Anrede

Der Präsident dieses Hauses, Herr Busemann höchstpersönlich hat sich als Befürworter eines flächendeckenden Mindestlohnes geoutet und er hat dies mit einem **christlich – sozialen Profil** begründet. Er hat damit ausgedrückt, was Millionen Menschen in Deutschland fühlen und fordern. In den Talk – Shows sehen wir regelmäßig den einstigen Jesuitenschüler Heiner Geißler, der ganz ernsthaft über nichtauskömmliche Einkommen trotz vollschichtiger Arbeit redet, der die Situation des Bittstellertums von Millionen Menschen anprangert und der dazu auffordert, die Zustände schnellstens zu verändern, weil hier eine Zeitbombe tickt, so Heiner Geißler CDU. Aber während Heiner Geißler für diese Position viel Beifall erhält, ist seine Bundespartei mit Regierungsverantwortung nicht bereit und nicht in

der Lage, sich von der Leistimmenpartei FDP in dieser Frage zu lösen. Wie ehrlich ist das denn?

Anrede

Nachdem Leiharbeiter ihren Anspruch auf equal pay und somit Lohnzahlungen und Sozialversicherungsbeiträge über das Bundesarbeitsgericht durchgesetzt hatten wurden sogar die CDU aktiv. Sie setzten sich aber nicht etwa für die betrogenen Menschen ein, sondern für eine Amnestie der Zeitarbeitsfirmen. Hier wird Ihre Geisteshaltung sichtbar, Sie schützen die Ausbeuter, während es uns um die Verbesserung der Situation von Millionen Menschen geht, meine Damen und Herren.

Ihr Geschäftsmodell der Lohndrückerei wird demnächst ein Ende finden. Sie sind bereits heute handlungsunfähig, weil Ihnen die gestaltende Mehrheit im Bundesrat abhanden gekommen ist. Sie werden für Ihren krankhaften Deregulierungskurs bluten!

Ich freue mich auf die Beratungen im Ausschuss.  
Glück Auf!